

frei zu haben, zitiert die britische Regierung im Weißbuch den Brief Mac Mahons an den Sheriff von Mecca, Hussein, in dem von der Gründung eines arabischen Staates die Teile Syriens westlich von Damaskus ausgeschaltet worden seien. Hierauf begründet Großbritannien sein Recht, das Westjordan-Land in die Errichtung der nationalen Heimstätte einzuschließen. Dies widerspricht aber sowohl dem Sinne und dem Wortlaut des Mandats, wonach ganz Palästina das Gebiet der in Aussicht genommenen Heimstätte darstellen sollte.

Nachdem die zionistische Exekutive das Weißbuch angenommen und der Völkerbundsrat die Bestätigung hierzu erteilt hat, kann sie sich kaum darüber beschweren, wenn England nunmehr die im Weißbuch bereits vorgesehene Schaukelpolitik zwischen Arabern und Juden in Palästina betreibt. Die zionistische Organisation und der Kongreß haben das Weißbuch niemals angenommen. Sie haben daher das Recht, es als einen Bruch der englischen Versprechungen zu verwerfen. Hierüber sind sich heute alle Parteien mit Ausnahme der kleinen Gruppe des Brith Schalom einig. Der erste Schritt hierzu ist die Einberufung eines Kongresses mit Neuwahlen um die Stimmung des Zionismus kennenzulernen.

Der zweite und wesentlichere Schritt wäre aber die Verlegung der Londoner Zentrale nach Genf, an den Sitz des Völkerbundes.

Für die politischen Zwecke der Bewegung genügt es vollkommen, wenn ein Vertreter der Leitung in London und einer in Jerusalem sitzt, um die notwendigen Beziehungen zur Mandatsmacht und zur Palästina-Regierung zu pflegen. Die Leitung der zionistischen Bewegung, die sich bisher im blinden Vertrauen England in die Arme geworfen hat, muß von den Einflüssen und dem Druck dieser Regierung, die sie zur Annahme des Weißbuchs ausgeübt hat, befreit werden. Sie muß dem Völkerbund näher kommen, der über die Durchführung des Mandats zu wachen hat. Wenn dies früher schon geschehen wäre, und die völkerrechtliche Vertretung des jüdischen Volkes, die Jewish Agency, in der Lage gewesen wäre, die Mitglieder des Völkerbundes genauer über die schwerwiegenden Folgen einer Abschwächung der Balfourerklärung zu unterrichten, so wäre vielleicht dem Zionismus und dem jüdischen Volk viel Unglück, der britischen Regierung aber auch manche Enttäuschung erspart geblieben.

Der Zentral-Verein und Goebbels Program-Drohung

Berlin. Das Organ des Zentral-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens reproduziert in Faksimiledruck den Kopf von Nr. 50 der von Dr. Goebbels herausgegebenen Zeitung „Der Angriff“, die an ihrer Spitze in Riesenlettern die Aufschrift trägt: „Vor Judenpogromen in Berlin?“ Die „ZV-Zeitung“ schreibt dazu:

„Die letzte Nummer des „Angriff“ hatte eine besonders „zugkräftige“ Ueberschrift: „Vor Judenpogromen in Berlin?“ Wir wollen dieses Kulturdokument allen denen, die sich noch eine Spur sittlichen Empfindens im politischen Kampfe bewahrt haben, nicht vorenthalten. Goebbels erläutert seine ungeheuerliche Aufreizung durch weit hergeholt Argumente: die Unsicherheit im öffentlichen Leben sei durch das Uniformverbot gewachsen. Es werde jetzt ein Kampf aller gegen alle geben. „Wenn es dabei zu von uns nicht gewünschten und bisher verhinderten Judenpogromen kommen sollte, so hat uns die Regierung selbst die Möglichkeit geraubt, die Disziplin unserer Anhänger zu gewährleisten.“

Wir brauchen wohl nicht erst zu erklären, daß wir gegen diesen Roheitsrekord in Verhetzung der Öffentlichkeit durch den immunen Herrn Reichstagsabgeordneten Goebbels mit allen uns zur Verfügung stehenden legalen Mitteln vorgehen werden. Leib und Leben der Juden in Deutschland werden durch Goebbels mit der Kulturschande des Pogroms bedroht. Herrn Goebbels aber beneiden wir nicht um die Verantwortung, die er durch diese unverhüllte Pogrombetze auf sich lädt. Zu der Berliner Polizei haben wir das Vertrauen, daß sie alle Bürger, also auch die jüdischen, zu schützen weiß. Sollten sich trotzdem Zwischenfälle ereignen, so wissen wir dieses Mal genau, wer die Anregung dazu gegeben hat.“

Die Leiden der polnischen Judenschaft

Katastrophale Wirtschaftslage — Zehntausende jüdischer Arbeiter und Angestellte aus den Staatsbetrieben hinausgeworfen — Schank- und Tabakkonzessionen werden entzogen

Der Jüdische Nationalrat in Polen hat im Hinblick auf die bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Not unter den Juden in Polen, von der alle Klassen und Schichten betroffen sind, durch den Jüdischen Parlamentsklub ein Memorandum dem polnischen Ministerpräsidenten Sławek überreichen lassen. Das von dem Sejmdeputierten J. Grünbaum und A. Hartglas und den Senatoren Dr. J. Davidsohn und M. Körner unterzeichnete Memorandum lautet:

An den Herrn Vorsitzenden des Ministerrates!
Die jüdische Bevölkerung in Polen ist in den letzten Jahren von einer außergewöhnlich schweren wirtschaftlichen Katastrophe heimgesucht worden. Diese Katastrophe ist nur bis zu einem gewissen Maße in der in Polen herrschenden allgemeinen Wirtschaftskrise begründet; ihre Ursachen liegen tiefer. Sie hat ihre spezifischen Merkmale, die nicht aus rein objektiven Bedingungen, sondern aus den Bedingungen der inneren Politik herzuleiten sind.

Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Polens befaßt sich mit Handel, hauptsächlich Kleinhandel, Handwerk und Kleinindustrie; von Landwirtschaft wurden die Juden bis auf geringe Ausnahmen ferngehalten. Die spezifische Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung seit dem Wiederaufleben des polnischen Staates war fortwährend darauf gerichtet, das polnische Element wirtschaftlich zu stärken, und zwar auf Kosten der Lebenskraft der nationalen Minderheiten; in erster Reihe wurde die jüdische Bevölkerung aus verschiedenen wirtschaftlichen Positionen, in denen sie historisch verwurzelt war, hinausgestoßen. Diese Politik hat die Wirtschaftskrisis der Juden, die schon in den objektiven Umständen der Nachkriegszeit bedingt war, zur Katastrophe gesteigert. Dabei ist zu bemerken, daß die ökonomische Widerstandskraft der Juden wesentlich geschwächt wurde durch den Verlust des russischen Marktes, auf welchem der jüdische Kaufmann, Handwerker und Industrielle dank seinem Unternehmungsgeist eine so wichtige Rolle gespielt hatte.

Die Einführung von Staatsmonopolen für gewisse Produktions- und Handelszweige hat

zehntausende jüdische Arbeiter und Angestellte, die seit vielen Jahren in diesem Zweige beschäftigt waren, ihres Lebensunterhaltes beraubt; sie wurden ohne viel Federlesens auf die Straße geworfen, an ihre Stelle traten christliche Arbeiter.

Die gleichen Wege ging die Politik der Regierungen hinsichtlich der Konzession. Die Spiritus- und Tabakkonzessionen wurden von ihren bisherigen Inhabern, die sie generationenlang von ihren Vätern geerbt haben, genommen und Invaliden und anderen privilegierten Bevölkerungskategorien gegeben. Auf diese Weise zwang man einzig und allein die jüdische Bevölkerung zu Opfern für eine Kategorie Bürger, deren Versorgung Pflicht des Gesamtstaates ist.

Die Kartell- und Syndikatspolitik der Regierung, die auf Ausschaltung des Zwischenhandels gerichtet ist, hat die Existenz von Hunderttausenden wirtschaftlich schwacher jüdischer Kleinhändler, Vermittler und Handwerker untergraben. Die Protektion des „echt polnischen“ Händler- und Handwerkerturns, die sich u. a. auch in der Gewährung billiger Kredite aus staatlichen und kommunalen Fonds ausdrückt, hat die Existenzmöglichkeit vieler Tausender jüdischer Händler und Kleinindustrieller, die einen solchen Schutz seitens des Staates und der Kommunen nicht genießen, unterbunden.

Der „Etatismus“, der den Staat zu einem über unbegrenzte Mittel verfügenden Großindustriellen und Großkaufmann macht, der keine Steuern zu leisten braucht, ruiniert in erster Reihe das jüdische Element, dem die Einkaufsquellen gesperrt werden, wobei den aus ihren Positionen hinausgedrängten Juden keinerlei Möglichkeit gegeben wird, bei diesen Staatsunternehmungen als Angestellte ihr Brot zu verdienen.

Die polnischen Berufsgenossenschaften erfreuen sich des besonderen Schutzes der Staatsfonds, der kommunalen Körperschaften usw.,

während die jüdischen Berufsgenossenschaften keinerlei staatliche oder kommunale Stütze erhalten und auch sonst mit Schwierigkeiten, die ihnen in den Weg gelegt werden, zu kämpfen haben.

Das Steuersystem ist so aufgebaut, daß die Dorfbevölkerung fast gänzlich von der Leistung indirekter Steuern — die Bodensteuer ist eine minimale — befreit ist und die gesamte Steuerlast, in erster Reihe die Umsatzsteuer, der städtischen, hauptsächlich jüdischen, Bevölkerung aufgehäl-

ist, wobei auf die finanziellen Mittel und die Zahlungskraft dieser jüdischen Bevölkerung nicht im geringsten Rücksicht genommen wird.

Die neugeführten zwangstechnischen Fortschritte in Produktion und Handel (Mechanisierung der Bäckereien, Standardisierung usw.) wirken sich in der Praxis gegen die jüdischen Handwerker und Kleinindustriellen, die keine Staats- und öffentlichen Kredite zur Umstellung ihrer Betriebe erhalten, schwerwiegend aus. Ueberhaupt bringt die Regierung dem Schicksal der immer mehr verarmenden drei Millionen starken jüdischen Bevölkerung kein Interesse entgegen; diese Bevölkerung wird unterdrückt und ihrer Arbeits- und Existenzgrundlage beraubt.

In dem Zeitpunkt zwischen 1915 und 1929 hat das ausländische Judentum, hauptsächlich das amerikanische, eine auf breite Grundlage gestellte Hilfsaktion für das osteuropäische, insbesondere für das durch den Krieg und die Kriegsfolgen ruinierte polnische Judentum durchgeführt. Das Joint Distribution Committee hat für schnelle und konstruktive Hilfe an das polnische Judentum mehr als 27 Millionen Dollar (rund 240 Millionen Zloty) ausgegeben. Nicht eingerechnet sind in diese Summe die Geldüberweisungen amerikanischer Juden an ihre Angehörigen in Polen durch Vermittlung des Joint, die allein in den Jahren 1919 bis 1921 9 Millionen Dollar betragen haben. Seit 1922 ist das Joint Distribution Committee mit dem Ausbau des jüdischen Genossenschaftswesens beschäftigt und hat gemeinsam mit der Jewish Colonisation Association (Ica) unter dem Namen „Foundation“ eine Institution begründet, die in den Jahren 1922 bis 1929 Kredite in Höhe von 2 800 000 (25 Millionen Zloty) gewährt hat. Ungeheure Summen wurden durch die amerikanische Emigrationsgesellschaft Hias und andere jüdische Organisationen verschiedener westeuropäischer Länder für das polnische Judentum ausgegeben. Millionen Dollar haben amerikanische Juden ihren Angehörigen in Polen durch Hias zukommen lassen. Je mehr aber der polnische Staat konsolidiert wird, um so geringer wird die Hilfe des amerikanischen Judentums; der Zeitpunkt ist nicht weit, an dem diese Hilfe überhaupt aufhören wird; die ökonomische Krisis in Amerika wirkt sich nach dieser Richtung sehr stark aus.

Dieser Zustand macht es notwendig, daß die Regierung dem polnischen Judentum, welches immer mehr aus seinen bisherigen ökonomischen Produktionen hinausgedrängt wird und in einen Zustand der Katastrophe hineingeht, mit der gebotenen Energie zu Hilfe kommt. Die Frage der Rettung des polnischen Judentums ist eine Frage äußerster Wichtigkeit, nicht allein für die jüdische Gesellschaft, sondern, und in nicht geringerem Maße, für den polnischen Staat. Die unablässigen Bitten der jüdischen Bevölkerung um Hilfe seitens des ausländischen Judentums — im Ausland ist man über die Not der Juden in Polen zur Genüge unterrichtet — schadet dem Prestige des Staates und vermindert seinen Kredit auf den amerikanischen, englischen und anderen Geldmärkten.

Die sich täglich steigernde Verzweiflung der jüdischen Massen kann der Regierung keinesfalls gleichgültig bleiben. Leider aber bringt die Regierung dieser Situation, die nicht zum geringen Teil durch ihre eigene Politik geschaffen worden ist, keinerlei Verständnis entgegen; sie gibt sich über den Ernst dieser Situation keine Rechenschaft und ignoriert ganz und gar den Katastrophenzustand eines großen Bevölkerungsteiles. Das 3 Milliarden Zloty-Budget des Staates wird zu einem großen Teil aus der fast ausschließlich von der jüdischen Bevölkerung zu tragenden Umsatzsteuer gedeckt. (50 Prozent des Etats sollen durch die Umsatzsteuer bestritten werden.)

Ungeachtet der hohen Besteuerung des jüdischen Elements wird den Juden keinerlei Aequivalent bewilligt. Am besten gibt sich die Verständnislosigkeit der Regierung gegenüber der jüdischen Not darin kund,

daß für die religiösen Bedürfnisse der Juden in ganz Polen — also für 3 Millionen Seelen — 120 000 Zloty in das Budget eingesetzt sind.

Das Memorandum schließt: Als die gewählten Vertreter der jüdischen Bevölkerung Polens halten wir es für unsere Pflicht, der Regierung den ganzen Ernst der Lage der jüdischen Bevölkerung darzulegen und ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es unabwendbar und unaufschiebbar ist, daß die Regierung eine entschlossene Initiative entwickelt und ein klares Programm ausarbeitet, die darauf gerichtet sind, die Ursachen des jetzigen katastrophalen Zustandes der jüdischen Bevölkerung Polens zu beseitigen.

Marmar
terroristis
semitisch
Alt- und
gegen die
der Nach
übergipfel
transsylv
vor einige
Pogromve
Einwohn
an mehr
den Hitz
um sich,
ganze St
dete. 12
bewohnte
nieder, r
dachlos
aus den
Sicherheit
und die
von Bor
Sziget b
sich tele
Americat
wie an
construc
fort eine
Not zur

Buk
ersten
jüdische
maros
größer
vernicht
Die Zah
Kirchen
Stadtvi
Oper.
Lapok
sche H
Danila
verhetz
und Ki
Von d
sich de
befinde
jüdisch
sieren.
seine I
gesteck
die Zu
chen g
wird,
Die
lich d
in Bor
daß de
dern
Berich
dahin,
worder

Bu
un d
lungen
semitis
tiert.
stanti
begab
in der
lung

streng
antise
Wama
staats
die E
weil
in W
Der
richte
mit,
in W
Es w
Schul

noch